

Neue Wettbewerbsfähigkeit: Chance von GreenTech- Wachstum nicht verspielen

Berlin, 25. Juni 2026: Mehr politische Verlässlichkeit, weniger Polemik mit Blick auf Modernisierungstechnologien und ein Abbau von Fehlanreizen im Markt – mit diesen Forderungen appelliert der Vorstand des BNW an Schwarz-Rot, die wirtschaftlichen Chancen des wachsenden GreenTech-Sektors nicht zu verspielen.

„Wenn die Bundesregierung Wirtschaftswachstum sucht, findet sie es im CleanTech- und GreenTech-Bereich. Jetzt in Effizienz, Ressourceneinsparung und Energieautarkie zu investieren, ist ein Profit für den Standort. Wir brauchen dafür aber mehr Klarheit und einen langfristigen Rahmen – kein permanentes Rütteln und Verschieben der Klimaziele, wie es die Mittelstandsunion und CDA in den letzten Tagen diskutiert haben“, so Prof. Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) anlässlich der Berlin-Tage des BNW.

Die neue Wettbewerbsfähigkeit

Der Verband steht mit seinen 700 Mitgliedern für über 200.000 Arbeitsplätze. Vom industriellen Mittelstand über Großunternehmen bis hin zu Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs ist der Verband das gelebte Beispiel für die Wirtschaft von morgen. Anlässlich der Berlin-Tage ist der 11-köpfige, paritätisch besetzte Vorstand des Verbandes in Berlin zusammengekommen.

Für einen wirtschaftlichen Aufbruch aus der Krise formuliert der BNW drei Kernforderungen. Erstens Stopp der Delegitimierung der Modernisierung, zweitens einen verlässlichen politischen Rahmen, der Investitionen anschiebt und drittens faire Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmenden – die Benachteiligung nachhaltiger Geschäftsmodelle muss aufhören.

„Das aktuelle Wirtschaftssystem bevorteilt fossile Herstellungsprozesse. Die Folge sind Wettbewerbsnachteile für GreenTech-Unternehmen. Laut Boston Consulting Group wird der weltweite Umsatz grüner Technologien in den nächsten fünf Jahren um 40 % steigen. Wenn wir uns diese Wachstumschancen sichern wollen, müssen wir anfangen, die strukturellen Nachteile nachhaltigen Wirtschaftens abzubauen.“ - Aysel Osmanoglu, Vorständin GLS Gemeinschaftsbank eG

Politische Delegitimierung der Modernisierung beenden

Mit Blick auf die aktuelle klima- und wirtschaftspolitische Debatte kritisiert der BNW, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit systematisch als Gegensatz zu Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum inszeniert werden. Wenn gewählte Amtsträger:innen das Klimaziel anzweifeln und über eine Verschiebung diskutieren, hat das harte wirtschaftliche Konsequenzen. Die Nachfrage sinkt und Unternehmen halten Investitionen zurück.

Besonders deutlich wird die verschobene Debatte aus Sicht des Verbandes bei bereits etablierten Lösungen wie Wärmepumpen, Elektroautos sowie dem Ausbau von Wind- und Solar. Insbesondere etablierte Technologien können hier und jetzt einen Beitrag dazu leisten, Abhängigkeiten zu reduzieren und die Wirtschaft resilienter aufzustellen.

„Die Wirtschaft ist weiter als die Politik denkt. Jedes dritte Unternehmen hat bereits in Erneuerbare, Energieeffizienz oder Ressourceneffizienz investiert. Das ist kein Nice-to-have, sondern sicherheitspolitisch relevant. Durch Investitionen in Klimaschutz entstehen Infrastrukturen, die

Importabhängigkeiten reduzieren, Rohstoffe besser nutzen und Kreisläufe schließen. Diese Wirtschaftsleistung gehört anerkannt und gefördert.“ – Sophia Eltrop, Vorstandin naturstrom AG

Investitionen absichern: Politische Verlässlichkeit stärken

Investitionen in nachhaltige Infrastruktur, Produktionsanlagen und Technologien haben Amortisationszeiträume von zehn bis 30 Jahren. Unternehmen tätigen diese nur, wenn der politische Rahmen stabil und vorhersehbar ist. Gerade deshalb sind beschlossene CO₂-Reduktionspfade, Energiestandards und Förderprogramme wichtige Anhaltspunkte für unternehmerische Entscheidungen.

Eine Studie des WWF zeigt, dass allein durch die geplante Reform des EEG ein prognostizierter Wertschöpfungsverlust von 757 Millionen Euro für Solarenergie bzw. 17 Milliarden Euro für Windkraft bei bereits geplanten Projekten entstünde. Auch mit Blick auf das GModG prognostizieren Studien einen möglichen Einbruch des Wärmepumpenmarktes um 27 % sowie den Verlust von 36.000 Arbeitsplätzen bis 2030.

Der BNW fordert mit Blick auf die drohenden Verluste mehr politische Verlässlichkeit. Einmal beschlossene Transformationspfade und regulatorische Rahmenbedingungen sollten langfristig Bestand haben, damit Unternehmen die notwendigen Investitionen mit ausreichender Planungssicherheit tätigen können.

Fehlanreize abbauen und fairen Wettbewerb ermöglichen

Der Grundstein für verlässliche Rahmenbedingungen ist eine konsequente Weiterentwicklung der CO₂-Bepreisung. Das Aussetzen des geplanten CO₂-Preisanstiegs im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) war daher ein falsches Signal. Wir fordern die konsequente Umsetzung und kontinuierliche Erhöhung eines sektorenübergreifenden CO₂-Preises mit einem verbindlichen Mindestpreis von mindestens 65 Euro pro Tonne. Zugleich muss sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass der EU-Emissionshandel (ETS I) nicht weiter verwässert wird und der ETS II wie geplant eingeführt wird.

„Durch den Europäischen Emissionshandel (ETS I) sind die Emissionen um 51% gesunken, die betroffenen Sektoren um 71% gewachsen. Der ETS bringt Wirtschaftswachstum und Emissionsminderung zusammen – auf einer marktwirtschaftlichen Basis. Dieser Pfad gehört planungssicher, transparent und konsequent auf das Klimaziel ausgerichtet fortgesetzt.“ – Ruth von Heusinger, Gründerin ForTomorrow gGmbH

Parallel dazu gilt es, die klimaschädlichen Subventionen im Bundeshaushalt systematisch abzubauen. Trotz eines Prüfauftrages aus dem Jahr 2016, hat auch das Klimaschutzprogramm 2026 keinen Fahrplan zur Reduktion fossiler Abhängigkeiten im Bundeshaushalt präsentiert. Stattdessen ist durch die Agrardieselmrückvergütung und Senkung der Luftverkehrssteuer unter Schwarz-Rot das Volumen klimaschädlicher Subventionen zuletzt gewachsen.

„Deutschland leistet sich jährlich 80 Milliarden an fossilen Importen. Durch die Energiepreiskrise des Iran-Krieges dürften es dieses Jahr mehr als 100 Milliarden werden. Das Geld verpufft – auch weil über das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz zu wenig in klimafreundliche Technologieträger und Wirtschaftszweige investiert wird. Knapp jeder dritte Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds zahlt 2026 nicht auf das Klimaziel ein. In der jetzt anstehenden Haushaltsdebatte für 2027 muss sich das ändern.“ – Alma Sribille, Gründerin WEtell GmbH

[Die gesamten Forderungen des BNW für die Neue Wettbewerbsfähigkeit sind im gleichnamigen Positionspapier zu finden.](#)

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Joscha Frost

Pressereferent

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

[Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.](https://www.bnw-bundesverband.de/)

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Nachhaltigkeitsaspekte ein. Mit seinen 700 Mitgliedsunternehmen steht der Verband für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>